

K9n: Klageschrift wird vorbereitet

Von Beatrix Van Vlodrop

Der BUND in Düsseldorf zieht für die Meerbuscher vor Gericht. Ziel ist, den Ausbau der Kreisstraße zu verhindern.



Ulli Dadweiler ud@dwi.de, Bild 1 von 2
Astrid Hansen mit dem Routenverlauf der K9n von Strümp (oben) bis zur Anschlussstelle Boverit im Süden. (Archiv)

Osterath. Die intensive öffentliche Diskussion um die Verlängerung der Kreisstraße 9 von den Rheingemeinden durch Strümp bis zum Autobahnanschluss an die 57 in Osterath-Bovert ist vorbei, der Beschluss steht fest. Unumstritten ist er deshalb nicht. Die Ortsgruppe des Bundes für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland (BUND) sucht Wege und hat jetzt dafür die Mittel, um die Planung zu verhindern.

15 000 Euro hat die rührige Initiative gesammelt. Es ist der Betrag, der ausreichen soll, die Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan 281 durch die erste Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster zu tragen. Klagen werden nicht die Meerbuscher BUNDler, sondern der

Landesverband NRW in Düsseldorf. „Auch die Mitglieder im Rhein-Kreis Neuss unterstützen uns solidarisch“, sagt BUND-Mitglied Astrid Hansen. Der Jurist Frank Niederstadt, Experte für Umwelt- und Verwaltungsrecht, wird ihre Interessen vertreten. „Er setzt jetzt die Klageschrift auf.“

Dafür bleiben ihm einige Wochen. Am 18. Januar dieses Jahres wurde die Satzung über den Bau der K9n bekanntgemacht, ein Jahr können sich Kritiker Zeit lassen, Einwendungen zu erheben.

„Es ist nicht zu sehen, warum die K9n wichtiger sein sollte als die K37n.“

Erschienen in der WZ am 28.10.2013

Astrid Hansen, BUND

Verstreicht die Jahresfrist, ist eine Klage in der Regel nicht mehr möglich. „Deshalb ist es so wichtig, dass wir jetzt aktiv werden“, sagt Astrid Hansen, „auch wenn wir im Moment nicht glauben, dass die Kreisstraße gebaut wird.“

Initiative optimistisch: Kein Geld für den Bau der K9n

Der Grund für diese aus Sicht des BUND gute Nachricht: Das Land hat kein Geld. Kein Geld, um die K37n in Kaarst zu bezuschussen, die im Kontext der Ikea-Umsiedlung so wichtig ist. „Und es ist nicht zu erkennen, warum die K9n wichtiger sein soll als die K37n“, sagt Hansen.

Dass der BUND sich trotz seines Optimismus nun zur Klage entschlossen hat, sei dennoch unumgänglich. „Wenn irgendwann in 15 Jahren Geld vom Himmel fällt und die alte Planung aus der Schublade geholt wird, um die Straße zu bauen, können wir den Bebauungsplan nicht mehr angreifen.“

Belastungen durch Lärm und Abgase

Sorgen macht den Umweltschützern nicht nur die gefährdete Tierwelt und der Verlust der freien Felder. „Der Bereich ist bereits jetzt stark belastet“, sagt Hansen. Lärm- und Abgaswerte seien an der Meerbuscher Straße und von der Autobahn 57 kommend hoch und würden noch zunehmen. Die Gefahr, die der BUND sieht: Ungeachtet anderslautender Verkehrsbestimmungen könnte der Verkehr vom Krefelder Hafen zunehmen, Autofahrer könnten über die Trasse Staus auf der A 57 umfahren. Nähere Informationen des BUND gibt es im Netz.

www-k9n-nein.de